

# Protokoll EMIN-Konferenz am 10.10.2014 in Wien

## Mitschrift und Ergebnisse WELTCAFE Nachmittagsteil

Die Themen und diverse Inputs (Probleme, Forderungen) an den Weltcafé-Tischen wurden von Menschen mit Armutserfahrungen und Mindestsicherungs-Bezieher\_innen vorbereitet, die in der Plattform „Sichtbar Werden“ der Armutskonferenz vernetzt sind.

### 1. Vorstellung „Sichtbar werden“ von Susanne Stockinger und Hannes Kröll (14:15)

Lob für die Armutskonferenz, die die Selbstorganisation ermöglicht hat. 2006 hats begonnen im WUK, nochmal 2006 neuerliche Konferenz in Graz. Wichtig war vor allem, dass die Fahrtkosten übernommen wurden. Netzwerk und Austausch von Betroffenen wurde ermöglicht. Aktionen wurden gestartet; bei fast jedem Treffen von „Sichtbar werden“ findet eine öffentliche Aktion statt, um die Wahrnehmung in der Öffentlichkeit zu verbessern. 2009 Konferenz in Wien, 2010 Treffen in Steyr, 2011 in Mariazell, wo sie sich offiziell als Plattform gegründet haben. Plan zur Gründung eines Vereins führte zu heftigen Diskussionen und wurde abgeblasen. 2012 wurde das erste Mal ein ganzes Wochenende als Konferenz gestaltet und bei der Regenbogenparade teilgenommen: Drache der Armut wurde dafür gebastelt. 2013 internationales Treffen mit Selbstorganisationen aus Italien, Belgien und Ungarn in NÖ. Im Herbst 2013 fand auch erstamsl das „Parlament der Ausgegrenzten“ statt. 2014 nun wieder Wien, erstmals in Verbindung zu einer anderen Veranstaltung (EMIN-Konferenz), womit auch ein neues Publikum erreicht werden kann.

Die Armutskonferenz ermöglichte immer den Rahmen für „Sichtbar werden“. Aber es gibt auch den Wunsch sich ein wenig von der Armutskonferenz zu emanzipieren.

### 2. Weltcafé (14:35 -16.00)

#### Ergebnisse der Weltcafé-Tische

(Nicht an allen Tischen wurden Mitschriften geführt!)

##### 2.1. Information, Beratung, Rechtsschutz

###### **Mitschrift fehlt; daher aus dem Gedächtnis**

- Ein großes Problem ist, dass der Rechtsschutz für Antragsteller\_innen erst greift, wenn sie den Antrag eingebracht haben. Wird dieser aber zurückgewiesen, wie es häufiger vorkommt, können sie dagegen auch nicht berufen. Die Behörden müssen alle Anträge annehmen!
- Notwendig ist aber auch anonyme Beratung und Unterstützung. Diese sollte nicht am Amt direkt erfolgen, sondern durch unabhängige Stellen übernommen werden.
- Frage, ob durch die Verwaltungsreform Berufungen/Einsprüche schneller behandelt werden: Eher nein; viele Fälle sind bei der Umstellung liegen geblieben.

- Eine Vertreterin des Sozialamts in Salzburg berichtet vom dortigen System: Es gibt umfassende Beratung für potentielle Antragsteller\_innen, wenn auch nicht anonym. Problem ist oft das Fehlen von Dolmetscher\_innen.

## 2.2. European perspectives

- Neuer EU-Kommissar und neue Kommission bringen neue Chancen für die Thematisierung von adequadaten Mindestsicherungssystemen.
- Es gibt kein Geld für Datenerhebung; wir brauchen bessere sozialstatistische Daten
- Austeritätspolitik spaltet Europa
- Gibt es eine realistische Perspektive für die Einführung einer Richtlinie zu Mindestsicherungsstandards? Ohne öffentliche Diskussion und öffentlichen Druck wird sie jedenfalls nicht zu erreichen sein.
- Primärverteilung findet durch die Löhne/Gehälter statt. Großes Problem dabei ist die schlechte Qualität des Lohnsystems. Kann die EU diesbezüglich etwas tun?
- Zentrale Frage: Gibt es einen positiven Zusammenhang zwischen Mindestsicherungs-Niveau und dem Lohnniveau?
- Steuerpolitik: Problem „flat tax“
- Es braucht eine gemeinsame Methode bzgl. Referenzbudgets um zu einem korrekten Bild der Realitäten und der Differenzen in und zwischen den Ländern zu kommen. Die Differenzen zwischen den Ländern sind sehr groß.
- Zusammenarbeit mit den Gewerkschaften ist sehr wichtig
- Zusammenarbeit der NGO's ist notwendig (Platform of European Social NGO's)
- BMS für Familien mit 3 Kindern ist in Österreich hoch im Vergleich zum nationalen Mindestlohn.
- Die Verteilung des verfügbaren Reichtums ist eine wichtige Frage: Lohnquote sinkt bei steigendem BIP!

## 2.3. BMS & Soziale Arbeit

- Problem, dass immer wieder BMS-Bezieher\_innen aus der Krankenversicherung fallen
- Problematik der Verbindlichkeit von Terminvereinbarungen: Manche schaffen es einfach nicht.
- Ombudsstelle für BMS-Bezieher\_innen bzw. überhaupt Antragstellung bei Sozialleistungen notwendig
- Starke Unterschiede in der lokalen Handhabung von BMS
- Wohnbeihilfen in allen Bundesländern müssen wiedereingeführt werden; BMS ist zu wenig; es besteht auch kein Rechtsanspruch auf Wohnbeihilfe
- Fehlende Sozialarbeit, wenn nicht beim AMS irgendwie angebunden; nur wenige sind jetzt im Case Management.
- Sozialpolitischer Arbeitskreis (SPAK) Tirol ist gutes Vorbild – siehe auch Homepage [www.sozialhilfe-tirol.at](http://www.sozialhilfe-tirol.at) (auch in Stmk ähnliche Seite)
- In Wien gab es früher Sozialarbeit (Individualhilfe), wurde ausgelagert, übrig geblieben ist „Armutsverwaltung“

- Mit Rechten gegen Armut!
- ¼ der Sachwalterschaftsklient\_innen beziehen BMS
- Nötig ist Sozialarbeit für Erwachsene in der Sozialhilfe
- Zugang wird auch räumlich erschwert (Wien)
- Das gesamte System der BMS muss reformiert werden

#### Ambivalenz der Sozialarbeit

- Hilflosigkeit der Sozialarbeiter\_innen
- Warum kann Sozialarbeit nicht das, was sie können soll? (Klient\_innenrechte, Konsumentenschutz)
- Berufsverband ist leise! Für Sozialpädagogik fehlt ein Berufsverband überhaupt
- Was wird von der Sozialarbeit auch leiser gemacht, beruhigt?
- Sozialer Seismograph zu sein ist Teil der Sozialarbeit. Nehmen wir uns das oft auch selber weg?

#### 2.4. BMS & Arbeit und Arbeitsfähigkeit

- Menschenwürdiger Umgang durch das AMS-Personal (es sind Menschen, keine Nummern!)
- Abschaffung der halbjährlichen und sinnlosen Kursmaßnahmen
- ALG bzw. Notstandshilfe sind am 1. eines Monats zu überweisen
- Bezahlte Urlaubszeit (auch im Ausland)
- Überdenken der Zumutbarkeitsbestimmungen (ausgeübter bzw. erlernter Beruf)
- Wechselseitige Anerkennung von Gutachten zur Arbeitsfähigkeit
- Anonyme Beratungen bzgl. Sozialleistungen

#### Forderungen an die Wirtschaft

- Gerechtere Verteilung der vorhandenen, bezahlten Arbeit
- Auch „Ältere“ sind wertvolle Arbeitskräfte (Erfahrung, Zuverlässigkeit)
- „Ältere“ können oft nicht mehr 100% leisten; „Ausgedingejobs“ sind oft ausgelagert
- Überstundenabbau, mehr Personal einstellen
- Löhne, von denen man auch leben kann! Problem working poor
- Aus- und Weiterbildung in den Unternehmen fördern

#### Forderung an die Schulen

- In den Schulabschlussklassen soll auf das folgende Arbeitsleben besser vorbereitet werden: dzt. haben die Schulabgänger\_innen wenig Ahnung von Bewerbungsschreiben, Lebenslauf, Gesprächsführung usw.)

#### Forderungen an Politik, AMS

- Auszahlung von ALG, Notstand, BMS etc. am Monatsersten! Zahlungen sind auch am Monatsbeginn zu leisten.
- „AMS ist kein Arbeitskräftebeschaffer für Leasingfirmen!“ Vermittlung an Leasingfirmen bringt keine Beschäftigungssicherheit und keine Möglichkeit der Lebensplanung. Die beim AMS ausgeschriebenen Jobs sind zu 70% bei Leasingfirmen!

## 2.5. Wohnen

- Leistbares Wohnen!
- Berücksichtigung der tatsächlichen Wohnkosten in der BMS
- Energie-, Heizkostenzuschuss (wieder-)einführen
- Wohnungsnot, auch im Bereich der Sozialwohnungen; zu lange Wartezeit. Wartezeiten auf Sozialwohnungen/Gemeindewohnungen verkürzen
- Das Taschengeld darf bei der Berechnung der (Wohnbeihilfe) nicht herangezogen werden
- Bundesweite Angleichung der BMS
- Mehr Not- und Übergangsquartiere für Paare und Familien
- Erhöhte finanzielle Unterstützung bei Privatwohnungen
- Übergangswohnungen sind oft menschenunwürdig
- Mehr Präventionsmaßnahmen zur Verhinderung von Wohnungslosigkeit
- BMS wirkt stigmatisierend und verhindert Wohnung auf dem privaten Wohnungsmarkt; auch Ansparung Kautions/Provision nicht möglich.

## 2.6. BMS & Gesundheit, Beeinträchtigungen

- Psychische/psychosomatische Erkrankungen sind zugleich Ursache wie Folge von z.B. Belastungen durch Armut. Sie nehmen stark zu. Zurzeit 1 Mio. psychisch Erkrankte in Österreich, Tendenz steigend. Armut wirkt als Stressfaktor und führt zu psychischen/psychosomatischen Erkrankungen und steigender Suizidgefahr. Das muss im System der BMS adäquat berücksichtigt werden. Es gibt keine zufriedenstellende Lösung für die Einzelnen; es wird oft nur mit Druck reagiert.
- Arbeitsfähigkeit: Es gibt eine große Kluft zwischen Ansprüchen an die Menschen und der Realität ihrer Erwerbsarbeitsfähigkeit.
- Erhöhter finanzieller Bedarf, z.B. bei speziellen Diäten müssen berücksichtigt werden; gilt auch für den Selbstbehalt für diverse Therapien wie Psych-, Ergo-, Physiotherapie usw. sowie für Medikamente.
- Gesundheitsstraße: Dilemma psychischer Erkrankungen
- Schaffen von Rechtsansprüchen zur Kostenübernahme zusätzlicher, notwendiger Leistungen!
- Es kommt immer wieder zu Mietrückständen durch die Einstellung der BMS bei längerem stationärem Aufenthalt (psychiatrische Anstalten, Reha...)
- Viele fühlen sich im Hamsterrad der Behörden gefangen (Antragsstellung bei AMS, MA, PVA, KVA, BSA...)
- Rechtsansprüche müssen verbessert werden, z.B. bei längerem Aufenthalt in Krankenhaus/Reha, drohender Verlust der Wohnung.

## 2.7. Nicht-Inanspruchnahme

- Probleme mit BMS und Gründe für Nicht-Inanspruchnahme
  - multiple Beeinträchtigung: nur eine wird anerkannt, Zusatzkosten werden nicht berücksichtigt

- BMS-Bezug führt zum Entfall der doppelten Kinderbeihilfe
  - Der Zwang zur permanenten Neubeantragung führt zu Versorgungslücken
  - Fragen werden von den Mitarbeiter\_innen der Behörden falsch beantwortet
  - Praktische Erfahrung: Höhe des Aufzahlungsbetrages ausschlaggebend (bis € 100.- eher keine Antragstellung, darüber ist der Druck, die Not zu groß, um verzichten zu können)
  - Sogenannte "AussteigerInnen" treffen eine freiwillige Entscheidung zur Nicht-Inanspruchnahme, alle anderen haben quasi keine Wahl. Viele, die in Wahrheit an der Armutsgrenze leben oder von Armut bedroht sind, unterliegen der Illusion, zur Mittelschicht zu gehören (zB working poor)
  - Hilfloze Helfer: hohe Arbeitsbelastung der BearbeiterInnen, zu wenig Zeit pro KlientIn
  - Angst als wichtigste Ursache der Nicht-Inanspruchnahme, z.B. dass die Kinder vom Jugendamt abgenommen werden, Angst vor Nachteilen für Familienmitglieder (Familienregress), Angst vor Nachteilen für sich selbst bzgl. Erbe, Eigentum (z.B. Eigentumswohnung), Vorsorge, Fürsorge, Nachteile für zukünftigen Arbeitsplatz (Stigmatisierung), Angst vor Bevormundung durch die Bürokratie, dem Eingriff in die Privatsphäre, vor Auskunftspflicht
  - Angst vor Nachteilen bei geplantem Ansuchen um Staatsbürgerschaft
- Folge der hohen Rate an Nicht-Inanspruchnahme: Die politische Relevanz des Problems wird vermindert, da scheinbar zu wenige von Armut betroffen. Die Politik bedient sich der Ausrede: „Wenn sich mehr melden, können wir mehr machen.“ Folge auch Geldeinsparung für den Staat
  - Forderungen:
    - Einführung einer Assistenz und Begleitung durch eine unabhängige Einrichtung, die auch die nötigen Informationen bereitstellt. Begleitung zu Amtsterminen hilft sehr, Scham zu überwinden
    - Infos an die Betroffenen heranbringen: Treffpunkte wie Cafés, Straßenzeitung
    - Beilage zur Ausfüllhilfe beim Antrag auf Arbeitslosengeld, Notstandshilfe
    - Bei entsprechend niedriger Höhe des Taggeldes automatisch schriftlich im Bescheid darauf hinweisen
    - Mehr Anlaufstellen, mehr Mitarbeiter\_innen
    - KlientInnen bei Bedarf an spezialisierte Anlaufstellen mit besonders ausgebildeten MitarbeiterInnen weiterschicken, die zielgerichtete Informationen anbieten können, mehr Zeit haben, engagierter, motivierter sind
    - Bedingungsloses Grundeinkommen führt zur Unabhängigkeit der Betroffenen von Anträgen und Bewilligungen
    - In Analogie zum Mutter-Kind-Pass, bei dem die Durchführung von Untersuchungen Voraussetzung für die Weitergewährung von Kinderbetreuungsgeld ist, einen „Sozialvorsorgepass“ einführen, der für die nachgewiesene Inanspruchnahme von Beratungsangeboten (Rechtsberatung,

Sozialberatung, Besuch von Informationsveranstaltungen... ) mit zusätzlichem Geld belohnt.

## 2.8. Vollzug, Bürokratie

- Einführung einer effektiven Soforthilfe
- Fehlende Beratungsmöglichkeiten; Informationen über Rechte & Rechtshilfe
- Unfreundlichkeit, Diskriminierung auf den Ämtern. Begleitung unerwünscht. Forderung nach Begleitsdienst! Man wird verantwortlich gemacht für die Situation, in der man sich befindet. Beispiel Aussage: „Dann heiraten sie halt wieder.“
- Unterstützung bei größeren Anschaffungen
- One Stop Shop, Vereinfachung der Anträge und der Bescheide
- Keine falschen Bescheide mehr! Kürzere Bearbeitungszeiten!
- Beratung am Sozialamt verbessern
- Vereinfachung der Anträge und Bescheide, Verbesserung der Informationen über Recht und Rechtshilfe
- Keine Streichungen von Bezügen wegen Terminversäumnissen, „Arbeitsverweigerung“ etc.
- Keine Ausstellung falscher Bescheide. Oft werden falsche Auskünfte gegeben – Antragsteller\_innen lassen sich davon abschrecken
- Oft mangelndes Wissen über Kann-Leistungen
- Nicht-Erreichbarkeit der Referent\_innen, Infos finden sich oft nicht im Akt (z.B. Telefonat)
- Es braucht Check-Listen für die Dokumente, die vorzulegen sind
- Infos über Ansprüche finden sich zwar in Broschüren, die werden aber nicht gelesen. Es braucht Infos, die ankommen. Einfache Sprache bei Anträgen und Bescheiden
- Sbg: Berechnungsblatt
- Wien: Problem: Referent\_innen nicht erreichbar => Call Center
- Mehr Sozialarbeiter\_innen am Sozialamt
- Keine Dolmetscher\_innen am Sozialamt; oft werden Kinder als Dolmetsch eingesetzt
- E-Mail Verkehr: Es werden keine Empfangsbestätigungen ausgestellt
- RSa/RSb-Brief und eingeschrieben
- Bei AMS-Kursen wird der Taggeld ans Sozialamt gemeldet; bei Kursende wäre Änderungsmeldung notwendig
- Erleichterungen beim Einbringen von Änderungsanträgen
- Problem Erwerbsarbeit von Pendler\_innen und BMS-Bezug: 12 Monate für Freibetrag nicht beisammen
- Verschlechterungsverbot gilt nicht bei Neuanträgen
- Bei Info-Material werden viele Infos zu den Pflichten gegeben, aber wenig zu den Rechten. Bei der Pflichten fehlt auch die Info, welche Informationen ich wirklich gegen muss („gläserner Mensch“)
- Völlige Überlastung der Mitarbeiter\_innen bei den Behörden und Ämtern

- Problem, dass die Folgeanträge rechtzeitig eingebracht werden müssen, sonst Entfall der Krankenversicherung. Das ist insbesondere bei chronischen Krankheiten und Suchtkrankheiten ein Problem. Detto das Einhalten von Terminen.
- Es braucht Hilfe in besonders belasteten Lebenssituationen, z.B. Heizung und Energie
- Schlechte Qualität der Bescheide

## **2.9. Existenzsicherung (besonders in Mehrpersonenhaushalten)**

- Die BMS ist zu niedrig!! 800,- € viel zu wenig für Wohnung, Essen, Freizeit, Teilhabe...
- Soziale Kontakte werden eingeschränkt; es kommt zur sozialen Isolation
- Einrechnung des Partnereinkommens widerspricht Gleichbehandlungsgesetz und Diskriminierungsverbot. Daher: Einberechnung des Partnereinkommens abschaffen (auch bei Transferleistungen)!
- Personen, die nicht in Sozialzentren betreut werden, haben keinen Anspruch auf die volle BMS, wenn sie in sog. „Haushaltsgemeinschaften“ wohnen. Die Mitbewohner\_innen werden als „Partner\_innen“ angesehen, obwohl sie das oft nicht sind. Das gilt auch für WG's.
- Wiedereinführung von Wohnbeihilfe und Heizkostenzuschuss!
- Möglichkeit einer zumindest geringfügigen Beschäftigung bei BMS-Bezug: Bei BMS darf man nur 100,- € dazuverdienen; ist man in medizinischer Betreuung aber 396,- €
- Zu viele Ämterzuständigkeiten, die Betroffenen werden im Kreis geschickt
- Menschen mit Beeinträchtigungen benötigen mehr Unterstützung und mehr Geld für ihre Bedürfnisse und um selbstbestimmt leben zu können.
- Ausgleichzulage erhöhen
- Bundesweite Vereinheitlichung der Leistungshöhe für Kinder
- Unterstützung bei erhöhtem Bedarf, z.B. spezielle Diät
- Verständliche Bescheide ausstellen
- Kürzere Bearbeitungszeiten und raschere Auszahlung der BMS nach Bewilligung des Antrags
- Keine Streichung der erhöhten Familienbeihilfe, wie es zurzeit in einigen Bundesländern passiert
- 13./14. Bezug von ALG, BMS etc. wie Pension; ist auch rechtlich durchführbar

## **2.10. Kinder/Jugend – Alter**

- Es gibt eine sehr hohe Kinderarmut in Ö. Bekämpfung der Kinderarmut ist eine Bringschuld des Staates: für jedes Kind muss gesorgt sein
- Bedingungslose Grundsicherung für jedes Kind!
- One stop shop wäre gerade für Haushalte mit Kindern sehr wichtig.
- Unterhalt bei Scheidung muss rasch geklärt werden
- Gratis Hortplätze
- Voraussetzung: Wertschätzung der Familienarbeit

- Aufsuchende Soziale Arbeit für Alleinerzieher\_innen => Bereitstellung von Informationen; Hilfestellungen für Ansprüche
- Soziale Sicherheit und Versorgung der Kinder ist eine Bringschuld des Staates
- Anhebung der Mindestsicherung/Grundsicherung der Kinder auf die tatsächlichen Kosten (ca. 500,- €/Monat)
- Verknüpfung und Vereinheitlichung der Ämter hinsichtlich erforderlicher Unterlagen, Zeitpunkten und Fristen der Antragstellung bzw. -verlängerung: Wohnbeihilfe, PVA-Waisenpension, Fonds Soziales Wien, MA 11, Hortermäßigung, GKK ...
- Finanzielle Gleichstellung für berufstätige Mütter, die für die Wohnbeihilfe BMS beziehen müssen und damit keine Null-Zahlerinnen mehr sind (durch Urlaubs- und Weihnachtsgeld)
- Möglichkeit der Online-Beantragung für Jugendliche um Scham und Angst zu vermeiden
- Unterstützung bei schulischen Belangen: Veranstaltungen, Ausstattungen...

### 2.11. Unterhalt/Regress

- Kein Einfordern von Unterhaltspflichten zwischen erwachsenen Kindern und ihren Eltern und Großeltern! (Das ist eine wichtige Ursache für die Nicht-Inanspruchnahme und entwürdigend)
- Menschen mit Beeinträchtigungen und ihre Eltern sind besonders benachteiligt; sie werden zu „ewigen Kindern“
- Abschaffung der Unterhaltsverpflichtung und des Angehörigen-Regresses!
- Unterhaltspflichten von Partner\_innen bedrohen das Recht auf eine Beziehung!
- Unterhaltspflicht soll ab einem bestimmten Alter erlöschen (z.B. 26). Ein solcher Ansatz wird vom Sozialministerium bis 2016 ausgearbeitet

### 2.12. Menschenrechte

- Die BMS erfüllt die Sicherung der Grundbedürfnisse nicht, weil
  - Höhe zu gering, d.h. ermöglicht keinen Ausstieg aus der Armut
  - Verlust der Selbstbestimmung durch Sanktionsdrohung & Schikanen (Arbeitszwang, Kurszwang, diskriminierende Behandlung)
  - Es gibt keine (Weiter-)Bildungsgarantie (keine Weiterbildung bei Pflichtschulabschluss)
  - Kein Schutz der persönlichen Daten (es handelt sich um hochsensible Gesundheitsdaten)
  - Urlaubsverbot
  - Regress- und Unterhaltspflicht steht im Widerspruch zur Individualität der Menschenechte (Familie wird arm gemacht);
  - Es gibt sogar Kritik von Seiten der UNO an der BMS in Österreich.

- Zwangsunterschriften, dass man arbeitsfähig ist (ist Körperverletzung). Bei sozialökonomischen Betrieben muss man auch Schweigepflicht unterschreiben
- 14malige Auszahlung der BMS notwendig
- Keine effektive Interessensvertretung für Benachteiligte, z.B. bei der Rechtsdurchsetzung
- Aufnahme der Menschenwürde in die Verfassung, besonders bezüglich der Punkte Bildung, Wohnen, Gesundheit (stärkere Berücksichtigung der Menschen mit besonderen Bedürfnissen)
- Das Recht auf Selbstbestimmung soll schon im Kindesalter besser gelernt werden

### 2.13. Gegenstrategien

- Es braucht mehr Infos zum Verwaltungsrecht (Anleitungspflicht der Behörden, Parteienghör, Akteneinsicht...) sowie zum Datenschutzrecht (Auskunft nach DSGVO)
- Informationslage über BMS muss verbessert werden:
  - Hilfsorganisationen sollen ihre Informationen veröffentlichen
  - Verwendung von „leichter Sprache“
  - Informationen auch über Videos nötig
  - Es braucht ein „Erste Hilfe Paket“ und ein „Erste Hilfe Handbuch“ zu den Formularen
- Bei unverständlichen Bescheiden: Erklärung/Neuausstellung fordern! Unverständliche Bescheide sollte es in einem Rechtsstaat nicht geben.
- Anfragen in diversen Gremien/Parlamenten machen!
- Auskunftspflichtgesetz/Infopflichtgesetz fordern!
- Es braucht eine offizielle Homepage
- Aktionismus
- Einführung einer Arbeitslosen- und Sozialanwaltschaft und Arbeitslosen-Ombudsstellen bei den Arbeiterkammern
- Behörden-Mitarbeiter\_innen sollen von Beratungs- und Selbstorganisationen geschult werden!
- Es soll eine zentrale Homepage mit Foren geben
- Es braucht einen Begleitdienst – bezahlt und geschult!
- Selbstorganisation Betroffener fördern, z.B. über StartUp Package
- Armutsindustrie thematisieren und in die Pflicht nehmen
- Förderung des internationalen Informationsaustausches; „Ranking“

## 3. Resümee

- Das große Thema bei der Nicht-Inanspruchnahme ist die Angst, vor der Behörde, vor dem sozialen Umfeld. Sozialarbeiter\_innen sollen diese Menschen verstärkt einladen, auf vielen verschiedenen Wegen Kontakt aufnehmen, vernetzen etc. Diese Ängste sind durchaus berechtigt, daher auch nicht einfach zu überwinden.

- Im politischen Alltag ist ein zunehmender Druck auf die BMS bemerkbar; Referenzbudgets bieten neue Perspektive. Beeindruckend und erschütternd waren die Bericht über menschenunwürdige Behandlung auf den Ämtern.
- Referenzbudgets sind auch ein gutes Mittel für die Öffentlichkeitsarbeit; die Vorarlberger Armutskonferenz hat gute Erfahrungen damit gemacht.
- **BMS & Beratung, Rechtsschutz:** (siehe auch Zusammenfassung unten) Musterverfahren wären leistbar und sehr wichtig. Jetzt gibt es ein historisches Zeitfenster durch die Umstellung auf die Verwaltungsgerichte, weil die unabhängig sind von den Landesstrukturen. Armutskonferenz soll Musterverfahren anstrengen!
- **Begleitdienste** wären für Österreich sehr wichtig; vgl. [www.mitlaufen.de](http://www.mitlaufen.de) für Deutschland

#### **Folgende Aktionen laufen zurzeit:**

- Unterschriftenliste 30St Woche
- Postkarten an Sozialminister mit der Forderung nach Urlaub in der Arbeitslosen.

#### **Kommentar Fintan Farrell zur Diskussion über Mindestsicherung vs. bedingungslosem Grundeinkommen**

Fintan Farrell: Zum bedingungslosen Grundeinkommen (bGE) gibt es unterschiedliche Meinungen in der EAPN; manche sind mehr für ein bGE, viele sprechen sich für Systeme mit einem größerem Bezug zum Erwerbssystem aus. Das Grundeinkommensnetzwerk hat eine europäische Bürgerinitiative gestartet; diese Unterschriftenliste wurde durch EAPN beworben. Die Diskussion sollte auf jeden Fall fortgesetzt werden. Bei der Frage der richtigen Taktik sind allerdings zwei Dinge zu beachten. Innerhalb der bestehenden EU-Verträge gibt es keine Chance auf eine Richtlinie für ein bGE; man könnte maximal eine Studie einfordern oder ähnliches. Für adäquate Mindestsicherungssysteme hingegen gibt es die Möglichkeit einer Richtlinie, daher wird aus taktischen Gründen dieser Weg verfolgt.

Wenn Politik logisch wäre, was sie nicht ist, wäre es leichter von adäquaten Mindestsicherungsstandards zu einem bedingungslosen Grundeinkommen zu kommen. Aber gegenwärtig ist es fast unmöglich von einer Mindestsicherung von 33,-/Monat zum existenzsichernden Grundeinkommen zu kommen. Beide Forderungen sollten nebeneinander bestehen können; die beiden Fraktionen sollten sich auf der selben Seite sehen und sich nicht auseinanderdividieren lassen.